

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 3329/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen	1
Verordnung (EWG) Nr. 3330/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	3
Verordnung (EWG) Nr. 3331/89 der Kommission vom 6. November 1989 über die Lieferung verschiedener Partien Weißzucker im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	5
Verordnung (EWG) Nr. 3332/89 der Kommission vom 6. November 1989 über Lieferungen von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	9
Verordnung (EWG) Nr. 3333/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der Beihilfe für Baumwolle	13
Verordnung (EWG) Nr. 3334/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Änderung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr	14
Verordnung (EWG) Nr. 3335/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe und Wiedereinführung des Präferenzzolls bei der Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in der Türkei	16
Verordnung (EWG) Nr. 3336/89 der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten	17

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

89/577/EWG :

- * Entscheidung des Rates vom 23. Oktober 1989 zur Änderung der Entscheidung 86/649/EWG über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Portugal

(Fortsetzung umseitig)

Inhalt (Fortsetzung)

89/578/EWG :

- * Entscheidung des Rates vom 30. Oktober 1989 zur dritten Änderung der Entscheidung 88/303/EWG, mit der bestimmte Teile der Gemeinschaft als amtlich schweinepestfrei oder als schweinepestfrei anerkannt werden 22

89/579/EWG :

- * Beschluß des Rates vom 30. Oktober 1989 zur Änderung der Rechtsgrundlagen der Beschlüsse 87/593/EWG, 87/594/EWG und 87/595/EWG 23

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3329/89 DER KOMMISSION

vom 6. November 1989

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2860/89⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1915/89 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berich-
tigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koef-
fizienten festgestellt wird.Diese Wechselkurse sind die am 3. November 1989 fest-
gestellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
1915/89 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 274 vom 23. 9. 1989, S. 41.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 187 vom 1. 7. 1989, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission
Ray MAC SHARRY
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen	
	Portugal	Drittländer
0709 90 60	23,05	119,72
0712 90 19	23,05	119,72
1001 10 10	27,26	165,24 ⁽¹⁾ ⁽²⁾
1001 10 90	27,26	165,24 ⁽¹⁾ ⁽²⁾
1001 90 91	23,07	115,50
1001 90 99	23,07	115,50
1002 00 00	49,93	114,27 ⁽³⁾
1003 00 10	40,77	113,12
1003 00 90	40,77	113,12
1004 00 10	32,17	111,17
1004 00 90	32,17	111,17
1005 10 90	23,05	119,72 ⁽³⁾ ⁽⁴⁾
1005 90 00	23,05	119,72 ⁽³⁾ ⁽⁴⁾
1007 00 90	40,77	130,94 ⁽⁵⁾
1008 10 00	40,77	2,94
1008 20 00	40,77	68,80 ⁽⁶⁾
1008 30 00	40,77	0,00 ⁽⁷⁾
1008 90 10	(7)	(7)
1008 90 90	40,77	0,00
1101 00 00	46,85	175,29
1102 10 00	84,22	173,56
1103 11 10	56,78	271,55
1103 11 90	49,97	188,68

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽²⁾ Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 486/85 werden keine Abschöpfungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

⁽⁵⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽⁶⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.

⁽⁷⁾ Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Code 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3330/89 DER KOMMISSION

vom 6. November 1989

zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2860/89⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15
Absatz 6,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1916/89 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieserWährungen stützt, multipliziert mit dem Berichts-
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-
izienten festgestellt wird.Diese Wechselkurse sind die am 3. November 1989 fest-
gestellten Kurse.Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1(1) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus
Portugal hinzuzufügen sind, sind auf Null festgesetzt.(2) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus
Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festge-
setzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 274 vom 23. 9. 1989, S. 41.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 187 vom 1. 7. 1989, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. November 1989 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.
	11	12	1	2
0709 90 60	0	0,32	0,32	0,64
0712 90 19	0	0,32	0,32	0,64
1001 10 10	0	0	0	0
1001 10 90	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	0	3,84
1001 90 99	0	0	0	3,84
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0,79
1004 00 90	0	0	0	0,79
1005 10 90	0	0,32	0,32	0,64
1005 90 00	0	0,32	0,32	0,64
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	11,88
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	5,37

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.
	11	12	1	2	3
1107 10 11	0	0	0	6,84	6,84
1107 10 19	0	0	0	5,11	5,11
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3331/89 DER KOMMISSION

vom 6. November 1989

über die Lieferung verschiedener Partien Weißzucker im Rahmen der NahrungsmittelhilfeDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-
politik und -verwaltung⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1750/89⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 über die
Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung⁽³⁾ wurde die
Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht
kommenden Länder und Organisationen und der für die
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Ländern und
Empfängerorganisationen 1 000 Tonnen Zucker zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft⁽⁴⁾. Zu diesem
Zweck sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedin-
gungen sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich
daraus ergebenden Kosten genauer festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft
wird Zucker bereitgestellt zur Lieferung an die in den
Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen aufge-
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 172 vom 21. 6. 1989, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

ANHANG I

1. **Maßnahme Nr. (1):** 612/89
2. **Programm :** 1989
3. **Begünstigter :** M. P. F. Pirlot, UNHCR, Case Postale 2500, CH-1211, Genève 2 Dépôt (Tel. 739 81 11, Telex 415740 UNHCR CH)
4. **Vertreter des Begünstigten (2) (3) :** Bureau du HCR, Ground floor, EEC Building, Bole Road Higher 18, Kebele 26, House No 519/001, Addis Ababa (Tel. 51 01 14 / 51 02 43)
5. **Bestimmungsort oder -land :** Äthiopien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (4) :** Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2103/77 der Kommission (ABl. Nr. L 246 vom 27. 9. 1977, S. 12) entsprechender Weißzucker der Standardqualität, Kategorie 2 (Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. Nr. L 94 vom 21. 4. 1972, S. 1))
8. **Gesamtmenge :** 400 Tonnen
9. **Anzahl der Partien :** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (5) :** neue Jutesäcke mit Innensack aus mindestens 0,05 mm dickem Polyäthylen, einem Gesamtgewicht von Jute und Polyäthylen von mindestens 420 g und einem Gewicht des Inhalts von 50 kg
Beschriftung der Säcke (Beschriftung mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
„ACTION No 612/89 / SUGAR / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY TO UNHCR ASSISTANCE PROGRAMME / FOR SUDANESE REFUGEES IN ETHIOPIA / FOR FREE DISTRIBUTION / ITANG“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses (6) :** In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz Buchstaben a) und b) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4)
12. **Lieferstufe :** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen :** —
15. **Löschhafen :** Assab
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens :** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen :** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
18. **Lieferfrist :** 28. 2. 1990
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten :** Ausschreibung
20. **Bei Ausschreibung, Frist für die Angebotsabgabe :** 21. 11. 1989, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe :** 5. 12. 1989, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen :** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
 - c) **Lieferfrist :** 28. 2. 1990
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 15 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (7) :** Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (8) :** Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 19. 10. 1989 und festgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 3133/89 der Kommission (ABl. Nr. L 301 vom 19. 10. 1989, S. 24)

ANHANG II

1. **Maßnahme Nr. (1):** 615/89
2. **Programm:** 1989
3. **Begünstigter:** M. P. F. Pirlot, UNHCR, Case Postale 2500, CH-1211, Genève 2 Dépôt (Tel. 739 81 11, Telex 415740 UNHCR CH)
4. **Vertreter des Begünstigten (2) (7):** Bureau du HCR, Ground floor, EEC Building, Bole Road Higher 18, Kebele 26, House No 519/001, Addis Ababa (Tel. 51 01 14 / 51 02 43)
5. **Bestimmungsort oder -land:** Äthiopien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weißzucker
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3):** Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2103/77 der Kommission (ABl. Nr. L 246 vom 27. 9. 1977, S. 12) entsprechender Weißzucker der Standardqualität, Kategorie 2 (Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. Nr. L 94 vom 21. 4. 1972, S. 1))
8. **Gesamtmenge:** 600 Tonnen
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4):** neue Jutesäcke mit Innensack aus mindestens 0,05 mm dickem Polyäthylen, einem Gesamtgewicht von Jute und Polyäthylen von mindestens 420 g und einem Gewicht des Inhalts von 50 kg
Beschriftung der Säcke (Beschriftung mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
„ACTION No 615/89 / SUGAR / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY TO UNHCR ASSISTANCE PROGRAMME / FOR SOMALI REFUGEES IN ETHIOPIA / FOR FREE DISTRIBUTION / DIRE DAWA“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses (5):** In der Gemeinschaft erzeugter Zucker gemäß Artikel 24 Absatz 1a sechster Unterabsatz Buchstaben a) und b) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4)
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Djibouti
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
18. **Lieferfrist:** 28. 2. 1990
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Bei Ausschreibung, Frist für die Angebotsabgabe:** 21. 11. 1989, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 5. 12. 1989, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
 - c) **Lieferfrist:** 28. 2. 1990
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (6):** Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (8):** Periodische Erstattung anwendbar für Weißzucker, gültig am 19. 10. 1989 und festgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 3133/89 der Kommission (ABl. Nr. L 301 vom 19. 10. 1989, S. 24)

Vermerke:

- (¹) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (²) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierender Vertreter der Kommission : Siehe im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 227 vom 7. September 1985, Seite 4, veröffentlichtes Verzeichnis.
- (³) Auf Antrag des Begünstigten übergibt ihm der Zuschlagsempfänger eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Radioaktivitätsnormen für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind.
- In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 anzugeben.
- (⁴) Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.
- (⁵) Um den Fernschreiber nicht zu überlasten, werden die Bieter gebeten, den Nachweis der Stellung der in Artikel 7 Absatz 4 unter Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 aufgeführten Ausschreibungs-garantie vor dem in Ziffer 20 dieser Anhänge angegebenen Zeitpunkt vorzugsweise wie folgt zu erbringen :
- entweder durch Boten an das in Ziffer 24 dieser Anhänge aufgeführte Büro
 - oder per Telefax an eine der folgenden Nummern in Brüssel:
 - 235 01 32,
 - 236 10 97,
 - 235 01 30,
 - 236 20 05.
- (⁶) Die Verordnung (EWG) Nr. 2330/87 der Kommission (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1987 S. 56), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2226/89 (ABl. Nr. L 214 vom 24. 7. 1989, S.10), ist anwendbar, was die Ausfuhrerstattung und gegebenenfalls die Währungs- und Beitrittsausgleichsbeträge, den repräsentativen Kurs und den monetären Koeffizienten anbelangt. Der in Artikel 2 der gleichen Verordnung aufgeführte Tag ist derjenige, welcher in Ziffer 25 dieser Anhänge angegeben ist.
- (⁷) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (⁸) Die Kategorie des Zuckers wird maßgeblich unter Zugrundelegung der Regelung gemäß Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe a) zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 2103/77 festgestellt.
-

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3332/89 DER KOMMISSION
vom 6. November 1989
über Lieferungen von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-
politik und -verwaltung⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1750/89⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 über die
Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung⁽³⁾ wurde die
Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht
kommenden Länder und Organisationen und der für die
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Ländern und
Empfängerorganisationen 8 266 Tonnen Getreide zuge-
teilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987

über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft⁽⁴⁾. Zu diesem
Zweck sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedin-
gungen sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich
daraus ergebenden Kosten genauer festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft
wird Getreide bereitgestellt zur Lieferung an die in den
Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen aufge-
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 172 vom 21. 6. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

ANHANG I

1. **Maßnahmen Nrn. (¹):** 172/89 und 173/89
2. **Programm :** 1989
3. **Begünstigter :** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma (Telex 626675 WFP I)
4. **Vertreter des Begünstigten (²):** Siehe ABl. Nr. C 103 vom 16. 4. 1987
5. **Bestimmungsort oder -land :** Demokratische Volksrepublik Jemen
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 1)
8. **Gesamtmenge :** 916 Tonnen
9. **Anzahl der Partien :** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁴):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 a)
Beschriftung der Säcke (Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
 - I: 600 Tonnen
„ACTION No 172/89 / YEMEN PDR 0258001 / WHEAT / ACTION OF THE WORLD FOOD PROGRAMME / ADEN“
 - II: 316 Tonnen:
„ACTION No 173/89 / YEMEN PDR 0245302 / WHEAT / ACTION OF THE WORLD FOOD PROGRAMME / ADEN“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses :** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe :** frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen :** —
15. **Löschhafen :** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens :** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen :** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
18. **Lieferfrist :** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten :** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe :** 21. 11. 1989, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe : 5. 12. 1989, 12 Uhr
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen : 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
 - c) Lieferfrist : —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 5 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (⁵):**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (⁶):** Die am 27. 10. 1989 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 2936/89 der Kommission (Abl. Nr. L 281 vom 30. 9. 1989, S. 37) festgesetzte Erstattung

ANHANG II

1. **Maßnahme Nr. (1):** 531/89
2. **Programm:** 1989
3. **Begünstigter:** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma (Telex 626675 WFP I)
4. **Vertreter des Begünstigten (2):** Siehe ABl. Nr. C 103 vom 16. 4. 1987
5. **Bestimmungsort oder -land:** Mauretanien
6. **Bereizustellendes Erzeugnis:** Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 1)
8. **Gesamtmenge:** 7 350 Tonnen
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 c)
Beschriftung der Säcke (Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
„ACTION N° 531/89 / MAURITANIE 0409300 / BLÉ / DON DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE / ACTION DU PROGRAMME ALIMENTAIRE MONDIAL / NOUAKCHOTT“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe:** frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
18. **Lieferfrist:** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 21. 11. 1989, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 5. 12. 1989, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 15. 12. 1989 — 15. 1. 1990
 - c) **Lieferfrist:** —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/t
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (5):**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (6):** Die am 27. 10. 1989 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 2936/89 der Kommission (Abl. Nr. L 281 vom 30. 9. 1989, S. 37) festgesetzte Erstattung

Vermerke :

- (1) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (2) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierender Vertreter der Kommission :
- Siehe im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 227 vom 7. September 1985, Seite 4, veröffentlichtes Verzeichnis.
- (3) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind.
- In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 anzugeben.
- Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgende Dokumente :
- Ursprungszeugnis,
 - pflanzengesundheitliches Zeugnis.
- (4) Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.
- (5) Um den Fernschreiber nicht zu überlasten, werden die Bieter gebeten, den Nachweis der Stellung der in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 aufgeführten Ausschreibungsgarantie vor dem in Ziffer 20 dieser Anhänge angegebenen Zeitpunkt vorzugsweise wie folgt zu erbringen :
- entweder durch Boten an das in Ziffer 24 dieser Anhänge aufgeführte Büro
 - oder per Telefax an eine der folgenden Nummern in Brüssel :
 - 235 01 32,
 - 236 10 97,
 - 235 01 30,
 - 236 20 05.
- (6) Die Verordnung (EWG) Nr. 2330/87 der Kommission (Abl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1987, S. 56), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2226/89 (Abl. Nr. L 214 vom 24. 7. 1989, S. 10), ist anwendbar, was die Ausfuhrerstattung und gegebenenfalls die Währungs- und Beitrittsausgleichsbeträge, den repräsentativen Kurs und den monetären Koeffizienten anbelangt. Der in Artikel 2 der gleichen Verordnung aufgeführte Tag ist derjenige, welcher in Ziffer 25 dieser Anhänge angegeben ist.
-

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3333/89 DER KOMMISSION

vom 6. November 1989

zur Festsetzung der Beihilfe für BaumwolleDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Akte über den Beitritt Griechenlands,
insbesondere auf die Absätze 3 und 10 des Protokolls Nr.
4 über Baumwolle, geändert durch die Akte über den
Beitritt Spaniens und Portugals, insbesondere auf das
Protokoll Nr. 14 in deren Anhang, und durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 4006/87⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2169/81 des Rates
vom 27. Juli 1981 zur Festlegung der allgemeinen
Vorschriften der Beihilferegulierung für Baumwolle⁽²⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
791/89⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
2169/81 genannte Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)Nr. 2796/89 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 3301/89⁽⁵⁾, festgesetzt
worden.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
2796/89 genannten Vorschriften und Durchführungsbe-
stimmungen auf die Unterlagen, über die die Kommis-
sion gegenwärtig verfügt, erfordert eine Änderung der zur
Zeit geltenden Höhe der Beihilfe entsprechend dem
Artikel 1 dieser Verordnung —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die Höhe der in Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr.
2169/81 genannten Beihilfe für nicht entkörnte Baum-
wolle wird auf 42,299 ECU/100 kg festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 48.⁽²⁾ ABl. Nr. L 211 vom 31. 7. 1981, S. 2.⁽³⁾ ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 7.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 269 vom 16. 9. 1989, S. 29.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 320 vom 1. 11. 1989, S. 56.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3334/89 DER KOMMISSION
vom 6. November 1989
zur Änderung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2860/89⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16
Absatz 2 fünfter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Malz anzu-
wenden sind, wurden durch die Verordnung (EWG)
Nr. 3225/89 der Kommission⁽³⁾, geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 3309/89⁽⁴⁾, festgesetzt.

In der Verordnung (EWG) Nr. 2744/75 des Rates vom 29.
Oktober 1975 über die Regelung für die Einfuhr und die
Ausfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen⁽⁵⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 1906/87⁽⁶⁾, sind die besonderen Kriterien genannt,

die bei der Berechnung der Erstattung für diese Erzeug-
nisse zu berücksichtigen sind.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 3225/89 enthaltenen Vorschriften, Kriterien und
Durchführungsbestimmungen auf die Angaben, über die
die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die
gegenwärtig geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend
dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Ausfuhr des in Artikel 1 Buchstabe d) der
Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten und der
Verordnung (EWG) Nr. 2744/75 unterliegenden Malzes
zu gewährenden Erstattungen, festgesetzt im Anhang der
geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3225/89 werden
gemäß den im Anhang genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 274 vom 23. 9. 1989, S. 41.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 312 vom 27. 10. 1989, S. 57.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 320 vom 1. 11. 1989, S. 76.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 65.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 182 vom 3. 7. 1987, S. 49.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. November 1989 zur Änderung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Erstattungsbetrag
1107 10 19 000	49,00
1107 10 99 000	101,00
1107 20 00 000	117,00

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Code sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3335/89 DER KOMMISSION

vom 6. November 1989

**zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe und Wiedereinführung des Präferenzzolls
bei der Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in der Türkei**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1119/89⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3181/89 der
Kommission⁽³⁾ wurde eine auf Einfuhren von frischen
Zitronen mit Ursprung in der Türkei anzuwendende
Ausgleichsabgabe eingeführt und der Präferenzzoll bei der
Einfuhr dieser Erzeugnisse ausgesetzt.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung der Notierungen, die
für die Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei auf den in
der Verordnung (EWG) Nr. 2118/74 der Kommission⁽⁴⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
3811/85⁽⁵⁾, erwähnten repräsentativen Märkten festgestellt
und gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung festge-

setzt oder berechnet werden, läßt sich feststellen, daß sich
die Einfuhrpreise während zweier aufeinanderfolgender
Marktstage auf einem Stand befunden haben, der zumin-
dest gleich dem des Referenzpreises war. Die in Artikel
26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 vorgese-
henen Bedingungen für die Aufhebung der Ausgleichsab-
gabe bei der Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung
in der Türkei sind daher erfüllt.

Nach Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3671/81 des
Rates vom 15. Dezember 1981 über die Einfuhr
bestimmter Agrarerzeugnisse mit Ursprung in der Türkei
in die Gemeinschaft⁽⁶⁾, geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1555/84⁽⁷⁾, wird der Präferenzzoll wiederein-
geführt, wenn die Ausgleichsabgabe ausgesetzt wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 3181/89 ist aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 118 vom 29. 4. 1989, S. 12.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 308 vom 25. 10. 1989, S. 10.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 9.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 150 vom 6. 6. 1984, S. 4.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3336/89 DER KOMMISSION
vom 6. November 1989
zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer
gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geän-
dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2902/89 ⁽²⁾, insbe-
sondere auf Artikel 27 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 3215/89 ⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates
vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaß-
nahmen für Raps- und Rübensamen sowie Sonnenblu-
menkerne ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2216/88 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 2
Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,
in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG
vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)
Nr. 3010/89 der Kommission ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 3308/89 ⁽⁸⁾, festgesetzt.

Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 3010/89 genannten Modalitäten auf die Angaben,
über die die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich,
daß die zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen
zu dieser Verordnung angegeben zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse
gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG)
Nr. 2681/83 der Kommission ⁽⁹⁾ sind in den Anhängen
festgesetzt.

(2) Der Betrag der Ausgleichsbeihilfe gemäß Artikel 14
der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 des Rates ⁽¹⁰⁾ für in
Spanien geerntete Sonnenblumenkerne wird im Anhang
III festgesetzt.

(3) Die mit der Verordnung (EWG) Nr. 1920/87 des
Rates ⁽¹¹⁾ für in Portugal geerntete und verarbeitete
Sonnenblumenkerne vorgesehene Sonderbeihilfe ist in
Anhang III festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. November 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. November 1989

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 2.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 312 vom 27. 10. 1989, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 197 vom 26. 7. 1988, S. 10.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 288 vom 6. 10. 1989, S. 17.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 320 vom 1. 11. 1989, S. 72.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 47.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 183 vom 3. 7. 1987, S. 18.

ANHANG I

Beihilfen für Raps- und Rübensamen, andere als „Doppelnull“-Sorten

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.	5. Term.
	11	12	1	2	3	4
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	1,170	1,170	1,170	1,170	1,170	1,170
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	21,469	21,614	21,580	22,298	22,580	22,858
2. Endgültige Beihilfen:						
a) Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	51,02	51,37	51,29	53,01	53,67	54,52
— Niederlande (hfl)	56,63	57,01	56,95	58,95	59,70	60,74
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 036,67	1 043,67	1 042,03	1 076,70	1 090,32	1 103,74
— Frankreich (ffrs)	162,69	163,79	163,49	169,09	171,27	173,41
— Dänemark (dkr)	191,72	193,01	192,71	199,12	201,64	204,12
— Irland (Ir £)	18,107	18,230	18,196	18,819	19,062	19,300
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	13,645	13,738	13,665	14,173	14,374	14,463
— Italien (Lit)	35 396	35 635	35 570	36 772	37 245	37 572
— Griechenland (Dr)	3 384,34	3 382,83	3 329,02	3 435,48	3 487,43	3 461,14
b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:						
— in Spanien (Pta)	178,89	178,89	178,89	178,89	178,89	178,89
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 037,51	3 060,18	3 052,08	3 152,39	3 195,32	3 215,16
c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:						
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	4 233,72	4 253,43	4 232,01	4 346,68	4 393,61	4 385,70

ANHANG II

Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnull“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2	4. Term. 3	5. Term. 4
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	3,670	3,670	3,670	3,670	3,670	3,670
— Portugal	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500
— Andere Mitgliedstaaten	23,969	24,114	24,080	24,798	25,080	25,358
2. Endgültige Beihilfen:						
a) Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	56,93	57,27	57,20	58,91	59,57	60,42
— Niederlande (hfl)	63,23	63,61	63,54	65,55	66,29	67,34
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 157,39	1 164,39	1 162,75	1 197,42	1 211,04	1 224,46
— Frankreich (ffrs)	181,94	183,04	182,73	188,33	190,51	192,66
— Dänemark (dkr)	214,04	215,34	215,04	221,45	223,97	226,45
— Irland (Ir £)	20,249	20,372	20,338	20,961	21,204	21,442
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	15,398	15,491	15,418	15,926	16,127	16,217
— Italien (Lit)	39 578	39 818	39 752	40 954	41 427	41 755
— Griechenland (Dr)	3 832,81	3 831,30	3 777,49	3 883,94	3 935,90	3 909,60
b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:						
— in Spanien (Pta)	561,13	561,13	561,13	561,13	561,13	561,13
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 419,75	3 442,42	3 434,32	3 534,63	3 577,56	3 597,40
c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:						
— in Portugal (Esc)	480,01	480,01	480,01	480,01	480,01	480,01
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	4 713,72	4 733,43	4 712,02	4 826,69	4 873,62	4 865,71

ANHANG III

Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2	4. Term. 3
1. Bruttobeihilfen (ECU):					
— Spanien	6,890	6,890	6,890	6,890	6,890
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	30,211	30,325	30,539	31,366	31,697
2. Endgültige Beihilfen:					
a) Kerne, geerntet und verarbeitet in (1):					
— Deutschland (DM)	71,68	71,96	72,46	74,43	75,21
— Niederlande (hfl)	79,69	79,99	80,58	82,88	83,75
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 458,80	1 464,30	1 474,63	1 514,57	1 530,55
— Frankreich (ffrs)	229,83	230,68	232,32	238,77	241,32
— Dänemark (dkr)	269,79	270,80	272,72	280,10	283,06
— Irland (Ir £)	25,580	25,675	25,857	26,575	26,859
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	19,693	19,758	19,875	20,462	20,698
— Italien (Lit)	49 990	50 176	50 531	51 917	52 472
— Griechenland (Dr)	4 924,98	4 914,19	4 908,80	5 035,00	5 095,84
b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:					
— in Spanien (Pta)	1 053,45	1 053,45	1 053,45	1 053,45	1 053,45
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 681,94	3 700,26	3 728,69	3 844,76	3 895,18
c) Kerne, geerntet in Portugal und verarbeitet:					
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in Spanien (Esc)	6 484,79	6 496,83	6 523,23	6 660,60	6 716,84
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	6 319,99	6 331,73	6 357,46	6 491,33	6 546,14
3. Ausgleichsbeihilfen:					
— für Spanien (Pta)	3 633,68	3 652,00	3 680,90	3 796,97	3 847,39
4. Sonderbeihilfe:					
— für Portugal (Esc)	6 319,99	6 331,73	6 357,46	6 491,33	6 546,14

(1) Für die in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0260760 zu multiplizieren.

ANHANG IV

Umrechnungskurse des Ecu, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2	4. Term. 3	5. Term. 4
DM	2,054280	2,050080	2,046020	2,042670	2,042670	2,032510
hfl	2,318270	2,311670	2,305500	2,299620	2,299620	2,282870
bfrs/lfrs	43,156500	43,132000	43,108800	43,077400	43,077400	43,002700
ffrs	6,974780	6,972870	6,971830	6,970230	6,970230	6,967500
dkr	7,998750	8,004000	8,007810	8,008480	8,008480	8,010110
Ir £	0,771921	0,772107	0,772594	0,772890	0,772890	0,775129
£ Stg	0,696128	0,698614	0,701108	0,703320	0,703320	0,709834
Lit	1 509,80	1 513,14	1 515,65	1 518,13	1 518,13	1 525,70
Dr	183,67500	186,10400	188,47600	190,78300	190,78300	195,57300
Esc	175,57400	176,07100	176,75600	177,79900	177,79900	180,80800
Pta	130,95400	131,39400	131,82100	132,18400	132,18400	133,33000

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 23. Oktober 1989

zur Änderung der Entscheidung 86/649/EWG über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Portugal

(89/577/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die afrikanische Schweinepest grassiert in Portugal seit
vielen Jahren.Mit der Entscheidung 86/649/EWG⁽³⁾ wurde für einen
Zeitraum von fünf Jahren eine finanzielle Unterstützung
gewährt.Mit der Entscheidung 87/526/EWG⁽⁴⁾ hat die Kommissi-
on den von Portugal vorgelegten erweiterten Plan zur
Tilgung der afrikanischen Schweinepest genehmigt.Dank der bisherigen Anstrengungen ist es gelungen, die
Auswirkungen der Krankheit zu stabilisieren. Die bis jetzt
aufgewendeten Mittel müssen jedoch auch weiterhin
aufgebracht und noch erhöht werden, damit die afrika-
nische Schweinepest auf dem gesamten portugiesischen
Hoheitsgebiet getilgt und somit ein weiterer Schritt zur
Verwirklichung des Binnenmarkts der Gemeinschaft
getan werden kann.Die portugiesischen Behörden haben bei der Gemein-
schaft um eine zusätzliche Beteiligung an den Ausgaben
nachgesucht, die sich aus der Fortführung und Erweite-
rung des 1987 eingeleiteten Tilgungsprogramms ergeben.Um die bisherigen Ergebnisse nicht zu gefährden, sollte
diesem Antrag entsprochen werden, damit die bereits
systematisch durchgeführte Aktion fortgeführt und konsoli-
diert werden kann.Zur Stützung des Tilgungsprogramms sollten Vorkeh-
rungen für eine teilweise Vorfinanzierung des Beitrags der
Gemeinschaft getroffen werden —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Entscheidung 86/649/EWG wird wie folgt geändert :

1. Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung :

„(2) Die Gemeinschaft erstattet

— 50 % der in Absatz 1 erster Gedankenstrich
genannten Ausgaben ;— 30 % der in Absatz 1 zweiter Gedankenstrich
genannten, vor dem 1. Januar 1989 erfolgten
Ausgaben ;— 50 % der in Absatz 1 zweiter Gedankenstrich
genannten, ab 1. Januar 1989 erfolgten Ausgaben.“

2. Dem Artikel 7 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt :

„Ab 1989 können jedoch bis zu 35 % der geschätzten
jährlichen Erstattung im Rahmen der Haushaltsmittel
auf Vorlage der entsprechenden Belege der portugiesi-
schen Behörden bei der Kommission im voraus
gezahlt werden.“*Artikel 2*Diese Entscheidung ist an die Portugiesische Republik
gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 23. Oktober 1989.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

H. NALLET

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 200 vom 5. 8. 1989, S. 9.⁽²⁾ Stellungnahme vom 13. Oktober 1989 (noch nicht im Amts-
blatt veröffentlicht).⁽³⁾ ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1986, S. 5.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 306 vom 28. 10. 1987, S. 35.

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 30. Oktober 1989

zur dritten Änderung der Entscheidung 88/303/EWG, mit der bestimmte Teile der Gemeinschaft als amtlich schweinepestfrei oder als schweinepestfrei anerkannt werden

(89/578/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom
26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher
Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr
mit Rindern und Schweinen ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Richtlinie 89/360/EWG ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4b
Absatz 1 Buchstabe c),

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Entscheidung 88/303/EWG ⁽³⁾, zuletzt geändert
durch die Entscheidung 89/383/EWG ⁽⁴⁾, wurden
bestimmte Gebiete Belgiens, der Bundesrepublik
Deutschland, Frankreichs, Griechenlands, der Nieder-
lande und Spaniens als amtlich schweinepestfrei und
bestimmte Gebiete der Bundesrepublik Deutschland,
Frankreichs, Griechenlands und Italiens als schweinepest-
frei anerkannt.

In einem bestimmten Gebiet Belgiens wurde seit über
einem Jahr kein Fall von Schweinepest mehr festgestellt
und seit mindestens zwölf Monaten keine Impfung gegen
Schweinepest mehr genehmigt. Auch werden in den
dortigen Betrieben keine Schweine gehalten, die in den
letzten zwölf Monaten gegen Schweinepest geimpft
wurden. Infolgedessen erfüllt dieses Gebiet die Anfor-
derungen, um für den innergemeinschaftlichen Handel als
amtlich schweinepestfrei anerkannt zu werden.

Im Rahmen eines Plans zur Tilgung der Schweinepest hat
die Kommission mit der Entscheidung 89/224/EWG ⁽⁵⁾,

geändert durch die Entscheidung 89/553/EWG ⁽⁶⁾,
bestimmte Gebiete Belgiens als amtlich schweinepestfrei
anerkannt —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Entscheidung 88/303/EWG wird wie folgt geändert :

1. In Anhang I Kapitel 5 wird folgender siebter Gedan-
kenstrich angefügt :
„— Westflandern“.
2. In Anhang II Kapitel 2 erhält der Gedankenstrich
folgenden Wortlaut :
„— Die Provinz Antwerpen“.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 30. Oktober 1989.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J.-P. SOISSON

⁽¹⁾ ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964, S. 1977/64.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 153 vom 6. 6. 1989, S. 29.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 132 vom 28. 5. 1988, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 181 vom 28. 6. 1989, S. 48.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 92 vom 5. 4. 1989, S. 25.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 300 vom 18. 10. 1989, S. 18.

BESCHLUSS DES RATES

vom 30. Oktober 1989

zur Änderung der Rechtsgrundlagen der Beschlüsse 87/593/EWG, 87/594/EWG
und 87/595/EWG

(89/579/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aus der neueren Rechtsprechung des Gerichtshofs ergibt sich, daß Artikel 113 des Vertrags einen sehr weiten Anwendungsbereich hat. Die Beschlüsse 87/593/EWG ⁽¹⁾ und 87/594/EWG ⁽²⁾ über die Annahme — im Namen der Gemeinschaft — der Anlage E.5 bzw. der Anlage F.3 zum Internationalen Übereinkommen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren sowie der Beschluß 87/595/EWG des Rates vom 30. November 1987 zur Annahme — im Namen der Gemeinschaft — der Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens vom 22. Mai 1984 über die Verwendung von Codes zur Darstellung von Datenelementen sowie vier ihrer Anlagen ⁽³⁾ sind daher an diese Rechtsprechung anzupassen, da der Rat für diese drei Beschlüsse andere Rechtsgrundlagen gewählt hatte.

Es empfiehlt sich, die Beschlüsse 87/593/EWG, 87/594/EWG und 87/595/EWG ausschließlich auf der Rechtsgrundlage von Artikel 113 zu erlassen und folglich Artikel 113 als Rechtsgrundlage in den Beschluß 87/593/EWG einzufügen, und die Artikel 28 und 235 des Vertrags als Rechtsgrundlage der drei genannten

Beschlüsse sowie Artikel 43 als Rechtsgrundlage der Beschlüsse 87/593/EWG und 87/594/EWG zu streichen —

BESCHLIESST :

Artikel 1

In den Beschlüssen 87/593/EWG, 87/594/EWG und 87/595/EWG erhält der erste Bezugsvermerk folgende Fassung :

„gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,“.

Artikel 2

Dieser Beschluß wird am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* wirksam.

Er gilt mit Wirkung vom 30. November 1987.

Geschehen zu Brüssel am 30. Oktober 1989.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

J.-P. SOISSON

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 362 vom 22. 12. 1987, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 362 vom 22. 12. 1987, S. 8.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 362 vom 22. 12. 1987, S. 22.